

# Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung von Organen juristischer Personen (AVB-O)

HV 40/01

## § 1 Gegenstand der Versicherung

1. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf die Tätigkeit als ehemaliges, gegenwärtiges und künftiges Mitglied

a) des Vorstandes oder der Geschäftsführung der Versicherungsnehmerin und/oder

b) des Aufsichtsrates oder des Beirates der Versicherungsnehmerin.

Voraussetzung für die Einbeziehung als ehemaliges Mitglied ist, daß das ehemalige Mitglied in diesem oder einem früheren Vertrag mit einer Gesellschaft des Allianz-Konzerns versichert war, und daß zwischen beiden Verträgen aneinander anschließende Verträge bei einer Gesellschaft des Allianz-Konzerns bestanden.

2. Der Versicherer gewährt Versicherungsschutz für den Fall, daß Mitglieder (oder ehemalige Mitglieder) der in Ziffer 1 bezeichneten Organe (versicherte Personen) wegen einer Pflichtverletzung bei Ausübung der versicherten Tätigkeit aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen privatrechtlichen Inhalts für einen Vermögensschaden haftpflichtig gemacht werden.

3. Vermögensschäden sind solche Schäden, die weder Personenschäden (Tötung, Verletzung des Körpers oder Schädigung der Gesundheit von Menschen) noch Sachschäden (Beschädigung, Verderben, Vernichtung oder Abhandenkommen von Sachen) sind, noch sich aus solchen - von der Versicherungsnehmerin, einer Tochtergesellschaft, einer Konzerngesellschaft oder versicherten Personen verursachten - Schäden herleiten. Als Sachen gelten insbesondere auch Geld und geldwerte Zeichen.

## § 2 Beginn und Ende des Versicherungsschutzes

Der Versicherungsschutz beginnt vorbehaltlich einer anderen Vereinbarung mit der Einlösung des Versicherungsscheines durch Zahlung der Prämie und etwaiger öffentlicher Abgaben. Der Vertrag verlängert sich stillschweigend jeweils um ein Jahr, sofern er nicht spätestens drei Monate vor dem Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Wird die Prämie erst nach dem als Beginn der Versicherung festgesetzten Zeitpunkt eingefordert, alsdann aber ohne Verzug bezahlt, beginnt der Versicherungsschutz mit dem vereinbarten Zeitpunkt.

## § 3 Umfang des Versicherungsschutzes

1. Der Versicherungsschutz umfaßt sowohl die gerichtliche und außergerichtliche Abwehr unbegründeter als auch die Befriedigung begründeter Schadenersatzansprüche. Der Versicherungsschutz umfaßt nicht den Teil des Schadenersatzanspruches, welcher der Quote einer etwaigen Beteiligung der versicherten Person an der Versicherungsnehmerin entspricht.

2. a) Der Versicherungsschutz umfaßt die Schadenersatzansprüche, die nach dem erstmaligen Abschluß einer Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung von Organen juristischer Personen - gegebenenfalls ab Beginn der Rückwirkung gemäß Satz 4 - verursacht und während der Dauer des vorliegenden Vertrages gegen die versicherten Personen geltend gemacht werden. Voraussetzung ist, daß zwischen dem erstmaligen Abschluß und dem vorliegenden Vertrag zeitlich nicht unterbrochener und ein hinsichtlich der Ansprüche der Versicherungsnehmerin dem

Deckungsumfang des vorliegenden Vertrags entsprechender Versicherungsschutz vorliegt.

Ein Schadenersatzanspruch gilt als geltend gemacht, wenn gegen eine versicherte Person ein Anspruch erhoben wird oder ein Dritter mitteilt, einen Anspruch zu haben.

Vor erstmaligem Abschluß kann vereinbart werden, daß Schadenersatzansprüche mitversichert sind, die vor Beginn des Versicherungsschutzes verursacht worden sind.

b) Sind gemäß lit. a) Schadenersatzansprüche aufgrund von Pflichtverletzungen, die vor Beginn des vorliegenden Vertrages erfolgt sind, mitversichert, sind sie im Rahmen von lit. a) gedeckt, sofern sie der Versicherungsnehmerin oder versicherten Personen bei Abschluß des vorliegenden Vertrages nicht bekannt waren.

Als bekannt gilt eine Pflichtverletzung, wenn sie von der Versicherungsnehmerin oder versicherten Personen als - wenn auch nur möglicherweise - objektiv fehlsam erkannt oder ihnen, wenn auch nur bedingt, als fehlsam bezeichnet worden ist, auch wenn Schadenersatzansprüche weder erhoben noch angedroht noch befürchtet worden sind.

c) Kündigt der Versicherer den Vertrag, hat die Versicherungsnehmerin das Recht gegen Zahlung eines Zuschlags eine Nachhaftungsfrist von bis zu zwei Jahren zu verlangen. In diesem Falle sind auch Schadenersatzansprüche versichert, die innerhalb der vereinbarten Nachhaftungsfrist gemeldet werden und auf vor der Vertragsbeendigung unterlaufenen Pflichtverletzungen beruhen. Das Recht erlischt, wenn es nicht spätestens innerhalb eines Monats nach Vertragsbeendigung schriftlich geltend gemacht und Zahlung geleistet wird.

Für die Anwendung der Vertragshöchstleistung (§ 3 Ziff.5) gilt die Nachhaftungsfrist als Teil des gekündigten Vertrages.

3. Der Versicherungsschutz besteht weltweit.

4. In jedem Versicherungsfall tragen die in Anspruch genommenen versicherten Personen jeweils den im Versicherungsschein aufgeführten Betrag (Selbstbehalt) selbst. In Höhe des Selbstbehaltes besteht jedoch Abwehrschutz.

5. Die Versicherungssumme stellt den Höchstbetrag der dem Versicherer in jedem einzelnen Versicherungsfall obliegenden Leistung dar, und zwar mit der Maßgabe, daß nur eine einmalige Leistung der Versicherungssumme in Frage kommt,

a) bei mehreren Haftpflichtansprüchen eines oder mehrerer Anspruchsteller, die sich auf eine, durch eine oder mehrere versicherte Personen begangene Pflichtverletzung beziehen;

b) bei mehreren Haftpflichtansprüchen eines oder mehrerer Anspruchsteller, die sich auf mehrere, durch eine oder mehrere versicherte Personen begangene Pflichtverletzungen beziehen, sofern diese Pflichtverletzungen dem gleichen Sachverhalt zuzuordnen sind und miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen.

6. Die Versicherungssumme stellt die Höchstleistung des Versicherers pro gemeldetem Schadenfall und für alle während der Vertragsdauer von sämtlichen versicherten Personen zusammen gemeldeten Schadenfälle dar. Kosten gemäß Ziff. 7 sind darin inbegriffen.

7. a) Kommt es in einem Versicherungsfall zu einem Rechtsstreit über den Anspruch zwischen einer versicher-

ten Person und dem Geschädigten oder dessen Rechtsnachfolger, so führt der Versicherer den Rechtsstreit im Namen der versicherten Person auf seine Kosten.

b) Wird in einem Strafverfahren wegen einer Pflichtverletzung, die einen unter den Versicherungsschutz fallenden Haftpflichtanspruch zur Folge haben kann, die Bestellung eines Verteidigers für die versicherte Person von dem Versicherer gewünscht oder genehmigt, so trägt der Versicherer die gebührenordnungsmäßigen, gegebenenfalls die besonders vereinbarten höheren Kosten des Verteidigers, soweit nicht Deckung über eine andere Versicherung beansprucht werden kann.

c) Übersteigt der Streitwert die Versicherungssumme, so trägt der Versicherer nur die Kosten nach dem Streitwert in Höhe der Versicherungssumme. Dies gilt auch für die Abwehr unbegründeter Ansprüche.

d) Der Versicherer bietet Abwehr- und Kostenschutz auch hinsichtlich solcher Haftpflichtansprüche, die gemäß § 4 vom Versicherungsschutz ausgeschlossen sind. Soweit es sich um Haftpflichtansprüche gemäß § 4 Ziff. 1 handelt, wird der Versicherer rückwirkend von seiner Leistungspflicht befreit, wenn die Voraussetzungen des § 4 Ziff. 1 durch eigenes Eingeständnis, durch straf- oder zivilgerichtliches Urteil festgestellt wurden.

8. Scheitert die vom Versicherer verlangte Erledigung eines Haftpflichtanspruches durch Anerkenntnis, Befriedigung oder Vergleich an dem Widerstand der Versicherungsnehmerin oder der versicherten Personen, oder stellt der Versicherer seinen vertragsmäßigen Anteil zur Befriedigung des Geschädigten zur Verfügung, so hat der Versicherer für den von der Weigerung beziehungsweise der Verfügungstellung an entstehenden Mehraufwand an Hauptsache, Zinsen und Kosten nicht aufzukommen.

#### § 4 Ausschlüsse und Klarstellungen

Der Versicherungsschutz bezieht sich nicht auf Haftpflichtansprüche

1. wegen vorsätzlicher Schadenverursachung oder durch wissentliches Abweichen von Gesetz, Vorschrift, Beschluß, Vollmacht oder Weisung oder durch sonstige wissentliche Pflichtverletzung; den versicherten Personen werden die Handlungen und Unterlassungen nicht zugerechnet, die nach Vertragsabschluß ohne ihr Wissen von anderen Organmitgliedern begangen wurden;

2. wegen Rückzahlung oder Rückgabe von Bezügen, Tantiemen oder sonstigen Vorteilen, welche die versicherte Person aus der versicherten Tätigkeit oder mit Rücksicht auf diese erhalten hat;

3. wegen Schäden aus der Produkthaftpflicht der Versicherungsnehmerin oder eines Tochter- oder Konzern-Unternehmens;

4. im Zusammenhang mit Umweltschäden, etwa wegen Veränderung von Gewässer- und Grundwasserverhältnissen, Emissionen, Ablagerungen oder Lagerungen umweltschädlicher Stoffe sowie nuklearer Ereignisse;

5. wegen Vertragsstrafen, Bußen und Entschädigungen mit Strafcharakter (z.B. punitive oder exemplary damages);

6. nach US-amerikanischem oder kanadischem Recht;

7. wegen Schäden aus einer Geschäftstätigkeit, die mit dem Gegenstand des Unternehmens der Versicherungsnehmerin, einer Tochtergesellschaft oder eines Konzern-Unternehmens nicht vereinbar ist, sowie aus Spekulationsgeschäften, soweit diese nicht innerhalb eines ordnungsgemäßen Geschäftsganges notwendig werden (etwa Kurssicherungsgeschäfte);

8. wegen unzureichenden Versicherungsschutzes der Versicherungsnehmerin, eines Tochter- oder Konzernunternehmens;

9. wegen Schäden aus Leistungen, die die Versicherungsnehmerin gegenüber Dritten erbringt und die Gegenstand einer Berufshaftpflichtversicherung sein können.

#### § 5 Anzeigen und Willenserklärungen

Alle für den Versicherer bestimmten Anzeigen und Erklärungen sind schriftlich abzugeben und sollen an die Hauptverwaltung des Versicherers oder an die im Versicherungsschein oder in dessen Nachträgen als zuständig bezeichnete Stelle gerichtet werden.

Die Anzeigepflichten gelten sinngemäß auch für die versicherten Personen.

##### a) Vorvertragliche Anzeigepflichten der Versicherungsnehmerin

I. 1. Die Versicherungsnehmerin hat bei der Schließung des Vertrages alle ihr bekannten Umstände, die für die Übernahme der Gefahr erheblich sind, dem Versicherer anzuzeigen. Erheblich sind die Gefahrumstände, die geeignet sind, auf den Entschluß des Versicherers, den Vertrag überhaupt oder zu dem vereinbarten Inhalt abzuschließen, einen Einfluß auszuüben. Ein Umstand, nach welchem der Versicherer ausdrücklich und schriftlich gefragt hat, gilt im Zweifel als erheblich.

2. Ist die Anzeige eines erheblichen Umstandes unterblieben, so kann der Versicherer von dem Vertrag zurücktreten. Das gleiche gilt, wenn die Anzeige eines erheblichen Umstandes deshalb unterblieben ist, weil sich die Versicherungsnehmerin der Kenntnis des Umstandes arglistig entzogen hat.

3. Der Rücktritt ist ausgeschlossen, wenn der Versicherer den nicht angezeigten Umstand kannte, oder wenn die Anzeige ohne Verschulden der Versicherungsnehmerin unterblieben ist.

II. 1. Der Versicherer kann von dem Vertrag auch dann zurücktreten, wenn über einen erheblichen Umstand eine unrichtige Anzeige gemacht worden ist.

2. Der Rücktritt ist ausgeschlossen, wenn die Unrichtigkeit dem Versicherer bekannt war oder die Anzeige ohne Verschulden der Versicherungsnehmerin unrichtig gemacht worden ist.

III. Hatte die Versicherungsnehmerin die Gefahrumstände anhand schriftlicher, von dem Versicherer gestellter Fragen anzuzeigen, kann der Versicherer wegen unterbliebener Anzeige eines Umstandes, nach welchem nicht ausdrücklich gefragt worden ist, nur im Fall arglistigen Verschweigens zurücktreten.

IV. Wird der Vertrag von einem Bevollmächtigten oder von einem Vertreter ohne Vertretungsmacht geschlossen, so kommt für das Rücktrittsrecht des Versicherers nicht nur die Kenntnis und die Arglist des Vertreters, sondern auch die Kenntnis und die Arglist der Versicherungsnehmerin in Betracht. Die Versicherungsnehmerin kann sich darauf, daß die Anzeige eines erheblichen Umstandes ohne Verschulden unterblieben oder unrichtig gemacht ist, nur berufen, wenn weder dem Vertreter noch ihr selbst ein Verschulden zur Last fällt.

V. 1. Der Rücktritt kann nur innerhalb eines Monats erfolgen. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, in welchem der Versicherer von der Verletzung der Anzeigepflicht Kenntnis erlangt.

2. Der Rücktritt erfolgt durch Erklärung gegenüber der Versicherungsnehmerin. Im Fall des Rücktritts sind, soweit das Versicherungsvertragsgesetz nicht in Ansehung der Prämie ein anderes bestimmt, beide Teile verpflichtet,

einander die empfangenen Leistungen zurückzugewähren; eine Geldsumme ist von dem Zeitpunkt des Empfangs an zu verzinsen.

VI. Tritt der Versicherer zurück, nachdem der Versicherungsfall eingetreten ist, so bleibt die Verpflichtung zur Leistung gleichwohl bestehen, wenn der Umstand, in Ansehung dessen die Anzeigepflicht verletzt ist, keinen Einfluß auf den Eintritt des Versicherungsfalles und auf den Umstand der Leistung des Versicherers gehabt hat.

VII. Das Recht des Versicherers, den Vertrag wegen arglistiger Täuschung über Gefahrumstände anzufechten, bleibt unberührt.

### **b) Anzeigepflichten der Versicherungsnehmerin während der Vertragslaufzeit**

Treten Umstände, die für die Übernahme des Versicherungsschutzes Bedeutung haben, nach Unterzeichnung des Antrags und vor Zugang des Versicherungsscheins bei der Versicherungsnehmerin ein oder ändern sich die bei Antragstellung angegebenen Umstände, ist die Versicherungsnehmerin gleichfalls verpflichtet, dies anzuzeigen. Unrichtige Angaben zu den Gefahrumständen oder das arglistige Verschweigen sonstiger Gefahrumstände können den Versicherer berechtigen, im Schadenfall den Versicherungsschutz zu versagen.

Die Versicherungsnehmerin ist verpflichtet, dem Versicherer auf Befragen unverzüglich alle nach Vertragsschluß eintretenden, die übernommene Gefahr erhöhenden Umstände mitzuteilen. Dies gilt sowohl für die von der Versicherungsnehmerin als auch von Dritten mit Duldung der Versicherungsnehmerin verursachten Gefahrerhöhungen.

Zur Vermeidung von Nachteilen ist die Versicherungsnehmerin verpflichtet, Änderungen ihrer Anschrift unverzüglich mitzuteilen. Ansonsten gelten an die letzte, dem Versicherer bekannte Anschrift per Einschreiben gesandte Mitteilungen als rechtsverbindlich. Entsprechendes gilt für eine Namensänderung.

### **c) Anderweitige Versicherung**

Versichert die Versicherungsnehmerin das Risiko auch anderweitig (Anschlußversicherung etc.), ist dies unverzüglich unter Beifügung einer Kopie des Versicherungsscheins anzuzeigen.

### **§ 6 Obliegenheiten im Schadenfall**

1. Der Versicherer übernimmt die Behandlung von Schadenfällen, bei denen der Haftpflichtanspruch innerhalb des Deckungsumfanges des Vertrages liegt und die wahrscheinliche Schadenersatzsumme den festgesetzten Selbstbehalt übersteigt. In allen anderen Fällen steht es dem Versicherer frei, die Schadenbehandlung selber zu übernehmen, weiterzuführen oder in begründeten Fällen die Kosten vorzuschießen. Der Versicherer hat jedoch in jedem Fall das Recht, bei der Streiterledigung mitzuwirken.

2. Wird gegen eine versicherte Person ein Schadenersatzanspruch geltend gemacht, hat sie dies dem Versicherer unverzüglich, spätestens innerhalb 2 Wochen, schriftlich anzuzeigen.

Wird ein Ermittlungsverfahren eingeleitet oder ein Strafbefehl oder ein Mahnbescheid erlassen, ist dies dem Versicherer ebenfalls unverzüglich anzuzeigen. Gegen Mahnbescheide hat sie, ohne die Weisung des Versicherers abzuwarten, fristgemäß Widerspruch zu erheben.

Wird ein Anspruch gerichtlich geltend gemacht, Prozeßkostenhilfe beantragt oder gerichtlich der Streit verkündet, ist außerdem unverzüglich Anzeige zu erstatten. Das gleiche gilt im Falle eines Arrestes, einer einstweiligen Verfügung oder eines selbständigen Beweisverfahrens.

3. Durch die Absendung der Anzeige werden die Fristen gewahrt.

4. Die versicherten Personen sind verpflichtet, unter Beachtung der Weisungen des Versicherers nach Möglichkeit für die Abwendung und Minderung des Schadens zu sorgen und alles zu tun, was zur Klarstellung des Schadenfalls dient, sofern ihnen dabei nichts Unbilliges zugemutet wird. Sie haben den Versicherer bei der Abwehr des Schadens sowie bei der Schadenermittlung und -regulierung zu unterstützen, ihm ausführliche und wahrheitsgemäße Schadenberichte zu erstatten, alle Tatumstände, die auf den Schadenfall Bezug haben, mitzuteilen und alle nach Ansicht des Versicherers für die Beurteilung des Schadenfalls erheblichen Schriftstücke einzusenden.

5. Die versicherten Personen sind nicht berechtigt, ohne vorherige Zustimmung des Versicherers einen Haftpflichtanspruch ganz oder zum Teil anzuerkennen oder zu vergleichen oder zu befriedigen.

6. Den aus Anlaß eines Schadenfalles erforderlichen Schriftwechsel haben die versicherten Personen unentgeltlich zu führen.

7. Der Versicherer gilt als bevollmächtigt, alle zur Beilegung oder Abwehr des Anspruchs ihm zweckmäßig erscheinenden Erklärungen im Namen der versicherten Personen abzugeben.

8. Eine Streitverkündung seitens der Versicherungsnehmerin oder der versicherten Personen an den Versicherer ist nicht erforderlich; die Kosten einer solchen werden vom Versicherer nicht ersetzt.

9. Steht die Ersatzleistung des Versicherers fest, sind die fälligen Beträge spätestens innerhalb einer Woche zu bezahlen. Der Versicherer kann jedoch verlangen, daß die versicherten Personen ihren Schadenanteil an eine vom Versicherer bestimmte Stelle abführen und die Quittung dafür dem Versicherer einsenden. Die einwöchige Frist läuft in diesem Falle vom Eingang der Quittung.

### **§ 7 Rechtsverlust**

Wird eine Obliegenheit verletzt, die nach § 6 dem Versicherer gegenüber zu erfüllen ist, ist der Versicherer von der Verpflichtung zur Leistung frei, es sei denn, daß die Verletzung weder auf Vorsatz noch auf grober Fahrlässigkeit beruht. Bei grob fahrlässiger Verletzung bleibt der Versicherer zur Leistung insoweit verpflichtet, als die Verletzung Einfluß weder auf die Feststellung des Schadenfalles noch auf die Feststellung oder den Umfang der dem Versicherer obliegenden Leistung gehabt hat. Handelt es sich hierbei um die Verletzung von Obliegenheiten zwecks Abwendung oder Minderung des Schadens, bleibt der Versicherer bei grob fahrlässiger Verletzung zur Leistung insoweit verpflichtet, als der Umfang des Schadens auch bei gehöriger Erfüllung der Obliegenheiten nicht geringer gewesen wäre.

### **§ 8 Zugunsten-Versicherung / Abtreten des Versicherungsanspruchs / Rückgriffsansprüche**

1. Anspruch auf Versicherungsschutz können nur die versicherten Personen geltend machen.

2. Die Versicherungsansprüche können vor ihrer endgültigen Feststellung ohne ausdrückliche Zustimmung des Versicherers nicht abgetreten oder verpfändet werden.

3. Rückgriffsansprüche der versicherten Personen gegen Dritte, ebenso deren Ansprüche auf Kostenersatz, auf Rückgabe hinterlegter und auf Rückerstattung bezahlter Beträge sowie auf Abtretung gemäß § 255 BGB gehen in Höhe der vom Versicherer geleisteten Zahlung ohne weiteres auf diesen über. Der Übergang kann nicht zum

Nachteil der versicherten Personen geltend gemacht werden. Der Versicherer kann die Ausstellung einer den Forderungsübergang nachweisenden Urkunde verlangen.

Hat eine versicherte Person auf einen Anspruch gemäß Abs. 1 oder ein zu dessen Sicherung dienendes Recht verzichtet, bleibt der Versicherer dieser gegenüber nur insoweit verpflichtet, als die versicherte Person nachweist, daß die Verfolgung des Anspruchs ergebnislos geblieben wäre.

## **§ 9 Prämie**

1. Die Prämie wird mit dem Abschluß des Versicherungsvertrages fällig. Wird die Prämie nicht rechtzeitig gezahlt, ist der Versicherer, solange die Zahlung nicht bewirkt ist, berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten. Es gilt als Rücktritt, wenn der Anspruch auf die Prämie nicht innerhalb von drei Monaten vom Fälligkeitstage an gerichtlich geltend gemacht wird.

2. Ist die Prämie zur Zeit des Eintritts des Versicherungsfalles noch nicht gezahlt, ist der Versicherer von der Verpflichtung zur Leistung frei.

3. Endet das Versicherungsverhältnis vor Ablauf der Vertragszeit oder wird es nach Beginn der Versicherung rückwirkend aufgehoben oder ist es von Anfang an nichtig, gebührt dem Versicherer Prämie oder Geschäftsgebühr nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen (z.B. §§ 40 und 68 VVG).

## **§ 10 Verjährung / Klagefrist / Gerichtsstand**

Die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag verjähren in zwei Jahren. Die Verjährungsfrist beginnt am Schluß des Jahres, in dem die Versicherungsleistung fällig wird. Ist der Anspruch angemeldet, bleibt der Zeitraum zwischen Anmeldung und abschließender schriftlicher Entscheidung des Versicherers bei der Fristberechnung unberücksichtigt.

Der Anspruch auf die Versicherungsleistung entfällt, wenn er nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Zugang der ablehnenden Entscheidung des Versicherers gerichtlich geltend gemacht wird. Diese Frist beginnt erst, wenn der Versicherer in seiner Ablehnung auf die Rechtsfolgen des Fristablaufs hingewiesen hat.

Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag können gegen den Versicherer bei dem für seinen Geschäftssitz oder für den Geschäftssitz seiner vertragsführenden Niederlassung örtlich zuständigen Gericht geltend gemacht werden. Ist der Vertrag durch Vermittlung eines Vertreters des Versicherers zustande gekommen, kann auch das Gericht des Ortes angerufen werden, an dem der Vertreter zur Zeit der Vermittlung seine gewerbliche Niederlassung oder, wenn er eine solche nicht unterhält, seinen Wohnsitz hat. Der Versicherer kann Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag an dem für den Wohnsitz, den Sitz oder die Niederlassung der Versicherungsnehmerin örtlich zuständigen Gericht geltend machen.

Für diesen Vertrag gilt deutsches Recht.

## **§ 11 Beschwerden**

Beschwerden können außer an den Versicherer auch an das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, Ludwigkirchplatz 3-4, 10719 Berlin, gerichtet werden.